

# ROSALUX

Journal der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

3\_2007

Ausblick

**Theoretische  
Grundlagenbildung  
Neue Auslandsbüros der RLS**

Nachhaltigkeit

**Wie »grün« muss  
DIE LINKE sein?**

Internationales

**RLS in Indien und Nepal**

Ansichten

**Klaus Lederer zur Frage  
»Allheilmittel Staat?«**



Privat

# Krise der Privatisierung

<b>Editorial</b>	3
<b>Rückblick</b>	
»Was kann ich selbst tun?«	4
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung intensiviert ihre Arbeit in Tschechien	5
Kurz notiert	5
<b>Ausblick</b>	
Theoretische Grundlagenbildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung	6
Soziale Grundsicherung – nationale und internationale Dimensionen	6
Rassismus und Rechtsextremismus: Einblicke und Kontroversen	6
Neue Auslandsbüros der RLS	7
Ausgewählte Veranstaltungen	7
<b>Nachhaltigkeit</b>	
Wie »grün« muss DIE LINKE sein?	8
<b>Thema</b>	
<b>Krise der Privatisierung</b>	11
Privatisierung in der Krise?	12
Der Niedergang des Bahnwesens – Resultat einer	
(kapital)marktorientierten Neuvermessung der Deutschen Bahn	14
Wohnungsprivatisierungen weiter im Trend	16
<b>Sehenswert</b>	
Kino der Wünsche	19
<b>Stiftungsverbund</b>	
RosaLux in Stuttgart: 1907 und 2007	20
Mainopolis	21
<b>Internationales</b>	
Die RLS in Indien und Nepal	22
<b>Ansichten</b>	
Allheilmittel Staat?	25
<b>Interview</b>	
»Probebohrungen in die Massive ästhetischer Kultur«	26
<b>Studienwerk</b>	
Lass Dich fördern!	28
<b>Lesenswert</b>	
Lafontaines Linke – ein Buch zur Fusion von PDS und WASG	29
Einfach leben – hüben wie drüben	29
DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?	30
Bourdieu und die Linke	31

**IMPRESSUM****RosaLux**

Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erscheint vierteljährlich

**Herausgeberin**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Gesellschaftsanalyse und politische  
Bildung e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

**Redaktion**

Cengiz Barskanmaz, Murat Cakir (V.i.S.d.P.),  
Horst Helas, Lutz Kirschner, Peter Ostholt,  
Dorit Riethmüller, Marion Schütrumpf,  
Rainer Rilling, Mario Candeias und  
Sabine Nuss

**Redaktionsschluss**

21. September 2007

**Satz & Layout**

Heike Schmelter

**Gesamtherstellung**

MediaService GmbH  
BärenDruck und Werbung

**Auflage**

5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt  
aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff

**Bestellung**

Karin Malingriaux  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
malingriaux@rosalux.de

**Titelfoto**

www.pixelio.de

**Foto Seite 11**

David von Behr/Pixelio

**Nicht gekennzeichnete Fotos**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, Oktober 2007  
ISSN 1864-6794

# Krise der Privatisierung



Mario Candeias, Rainer Rilling

## Privatisierung in der Krise?

Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung – der Dreiklang neoliberaler Modernisierung. Die Enteignung und Inwertsetzung gesellschaftlichen Eigentums war dabei wesentliches Element zur Erschließung neuer Anlagesphären für überschüssiges Kapital und private Bereicherung. Angesichts der sozialen Verheerungen dieser Aneignungspolitik – Ausdünnung öffentlicher Beschäftigung, Umwandlung von regulären in prekäre Arbeitsverhältnisse, Verteuerung notwendiger ehemals erschwinglicher öffentlicher Dienstleistungen, Einschränkung sozialer Rechte und demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten – als Preis für z.T. bessere und »effizientere« Leistungen für die, die es sich leisten können, wird der Ruf nach Schutz vor intensiver Konkurrenz, nach Regulierung, staatlicher Kontrolle laut. Insbesondere der Ausverkauf des Öffentlichen stößt mittlerweile auf wachsenden Protest. Nicht nur für die traditionelle Linke, auch für Konservative überall in Europa wird statt der Freiheit privater Eigentümer der »Staat wieder chic«, jammert die FAZ (5.8.07, 32). Mit Bezug auf die allgemeinen Reproduktionsbedingungen bzw. wesentliche soziale Infrastrukturen wie Gesundheit, Bildung, Energie, Wohnen, Wasser und Transport befürwortet eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung öffentliches Eigentum, Beispiel Deutsche Bahn. Aber »nein, nicht die Privatisierung ist falsch«, klagt der Neoliberale, es wurde »nur manchmal falsch privatisiert« (ebd.). Der Ton ist defensiv, gedämpft, voller Unverständnis.

Einst fand die Politik der Privatisierung breite Unterstützung, weil sie die Wiederherstellung von Effizienz angesichts des maroden Zustandes vieler öffentlicher Einrichtungen versprach, ebenso wie Kosten- und damit Preissenkungen, eine neue Wahlfreiheit der Konsumenten durch Vielfalt der Anbieter und Produkte, sowie die Lösung der öffentlichen Haushaltskrisen durch Veräu-

ßerungsgewinne. Die Versprechen wurden nicht eingehalten: die Ausdünnung von Dienstleistungen hat die Rede der Effizienzgewinne durch Private als Mythos entlarvt; statt Kostensenkung gibt es höhere Preise bei Energie, Gas, Wasser, Gesundheit; die neue Wahlfreiheit wird als intransparentes Tarifchaos erlebt, hinter dem doch nur einige wenige, z.T. oligopolistisch organisierte Anbieter stehen; und auch die Krise der öffentlichen Finanzen wurde nur in Einzelfällen kurzfristig durch Privatisierungserlöse gelindert, in der Regel führt der Verkauf des »Tafelsilbers« insbesondere in den Kommunen zu langfristigen Einnahmeausfällen bzw. hohen Folgekosten; allzu häufig beförderte Privatisierung massiv die Korruption. Die dürre Wirklichkeit führt zu einer neuen »Privatisierungs-Verdrossenheit«, belebt zugleich politisches Engagement dagegen wie auch die direkte Demokratie. Über 160 Bürgerbegehren gegen Privatisierung wurden in Deutschland initiiert, immerhin 32 hatten Erfolg. Doch sogar ein erfolgreicher Volksentscheid wurde in Hamburg vom Senat ignoriert.

### *Auf den ersten Blick scheint die große Zeit der Privatisierung am Ende.*

Es gibt also eine veritable Legitimationskrise der Privatisierung. Sie nährt sich nicht zuletzt aus den zahlreichen fehlgeschlagenen Privatisierungen der Vergangenheit: am bekanntesten sicher das Desaster bei der englischen Bahn, dessen Netz am Ende wieder vom Staat übernommen wurde. Immer häufiger kommt es zu Deprivatisierung bzw. Rekommunalisierung von Müllabfuhr, Wasserwerken, Stromnetzen oder Wohnungen. Immerhin jede zehnte Stadt plant Privatisierungen wieder rückgängig zu machen. Dabei werden auch die Erwartungen der Investoren enttäuscht, die vom Wirbel und manchmal

heftigen Widerständen überrascht sind, um Image und Profite fürchten. Zwar verkauften in den vergangenen Jahren Kommunen ganze Bestände städtischer Wohnungen an große internationale Private Equity Fonds, die versprachen sich langfristig zu engagieren, soziale Standards zu beachten und dennoch die Rendite zu vervielfachen. Doch Giganten wie Cerberus stießen nach kurzem Engagement ihre Neuerung ab, weil sich augenscheinlich doch nicht so schnelle und hohe Rendite heraus pressen ließ: tausende renitenter Mieter, oft auch Alte oder Kranke, und mühseliges Hausverwaltungsgeschäft passen nicht zur beschleunigten, glamourösen Welt der internationalen Finanz.

Auf den ersten Blick scheint die große Zeit der Privatisierung am Ende. Das Interesse der Investoren beschränkt sich auf profitable Filetstücke. Die Kommunen schauen bei Privat-Public-Partnerships, der weniger sichtbaren, aber expandierenden Form der Privatisierung, genauer hin. Der Staat – die USA, wie Spanien, Italien, natürlich Frankreich und nun auch Deutschland – sucht in »strategischen« Bereichen unliebsame ausländische Konkurrenten aus den Nachbarländern oder »dubiose« Staatsfonds aus China und dem Nahen Osten von Übernahmen abzuhalten.

Dennoch werden die nächsten Runden der Privatisierung bereits vorbereitet. Die Bahnprivatisierung rumpelt nur mühsam voran, doch geht es nur noch um das Wie, nicht das Ob. Die Privatisierung von Krankenhäusern funktioniert – aus Sicht ihrer Befürworter – besser, über ein Viertel ist bereits in Besitz von Konzernen wie Rhön, Helios oder Asklepios – 2015 sollen es 40 bis 50 Prozent sein. Die Stadt Hamburg hat gerade detailliert alle ihre öffentlichen Vermögenswerte erfasst, um vom Hafen bis zum letzten Denkmal alles auf den Markt werfen zu können. Jede dritte Großstadt plant weiterhin Privatisierungen.



# PRIVATE YACHT NO ENTRY

Auch Wohnungsprivatisierungen bleiben im Trend. Insgesamt nahm Deutschland 2006 mit knapp 9 Mrd. Euro Privatisierungserlösen gemeinsam mit Frankreich den Spitzenplatz in Europa ein und wird ihn wohl auch 2007 behalten: denn die Regierung sieht »als ordnungspolitisch gebotenen Weg«, den »Staat weiter zu verschlanken«, auch gegen den Willen der Bevölkerung.

## Das Netzwerk »Privatisation – Public Goods« (ppg)

Privatisierungspolitiken aktualisieren Fragen der Verteilung von Macht und Reichtum. Es geht um Eigentumsverhältnisse. Damit befasst sich das auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2003 gegründete europäische »ppg-Netzwerk«. Wir fragen nach dem Zusammenhang von Eigentum, Herrschaft und Ungleichheit. Das Netzwerk widmet sich der systematischen Sammlung und internet-gestützten Verbreitung von Informationen zu Fragen neoliberaler Eigentums- und Privati-

sierungspolitiken. Es fördert oder unterstützt empirische Analysen zur Privatisierungsfolgenabschätzung in der Bundesrepublik, Europa und im globalen Süden sowie politisch-theoretische Arbeiten zu Eigentumsfragen. Ein eigenes Informationsportal »Wem-gehört-die-Welt.de« mit über 800 Links, Literaturhinweisen, Bildungsmaterialien und ein frei zugängliches ppg-blog sowie regelmäßige Newsletter stellen notwendiges Wissen nicht nur für Aktivisten bereit. Mittels über 30 örtlicher und internationaler Workshops, einer regelmäßigen ppg-Jahreskonferenz sowie über 60 Veröffentlichungen gelang es in unterschiedlichsten Kontexten von lokalen Bürgerinitiativen bis zum Weltsozialforum, von attac bis zur Wissenschaft für das Thema Privatisierung und Eigentum kritisch zu sensibilisieren. Die diesjährige Jahrestagung am 14. Dezember in Berlin widmet sich der Analyse der Krisen der Privatisierung mit Referenten aus Südamerika, Kanada, Europa. Zahlreiche Mitglieder des Netzwerkes sind auf der Privatisierungstagung der Linken im November dabei.

Uns interessieren insbesondere Antiprivatisierungskampagnen sowie die Entwicklung von Alternativen zur Privatisierung: die Stichworte sind De-Privatisierung, Rückkehr des Öffentlichen, Aneignungsstrategien. Denn sofern es gelingt, angesichts der Krisen der Privatisierung, »post-neoliberale« Wege zu eröffnen, bedarf es umso dringender der Erfindung alternativer Formen der Bereitstellung und Produktion öffentlicher Güter sowie der Regulation unserer Commons (Wasser, Land, Wissen etc.) auch jenseits der Geldform. Und überzeugender linker Politik muss die Vermeidung des Rückfalls in autoritäre Staatsgläubigkeit gelingen. Es geht lokal, national, international, um eine radikale, demokratische Transformation der Eigentumsverhältnisse, des Öffentlichen.

*Prof. Dr. Rainer Rilling und Dr. Mario Candeias sind Referenten des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Tim Engartner

## Der Niedergang des Bahnwesens – Resultat einer (kapital)marktorientierten Neuvermessung der Deutschen Bahn



Tim Engartner, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Anglistik in Trier, Oxford und Köln. Seine Dissertation über die De-regulierung und Privatisierung des deutschen und britischen Bahnwesens an der Universität zu Köln hat er bei Prof. Dr. Christoph Butterwegge als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung unlängst abgeschlossen.

Als am 7. Dezember 1835 die erste hierzulande gebaute Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet wurde, brandete auf den Bahnsteigen am Zielort frenetischer Beifall auf. Noch Monate später säumten Mensentrauben die Bahnstrecke, um das Verkehrsmittel zu bestaunen, mit dem sich die Hoffnung auf ein neues Zeitalter verband. Längst ist die Hoffnung der Furcht gewichen – der Furcht vor dem Größten anzunehmenden Ausverkauf der Deutschen Bahn (DB), die täglich 35.000 Personen- und Güterzüge verkehren lässt und innerhalb von zehn Tagen so viele Kund(inn)en zählt wie die Deutsche Lufthansa innerhalb eines Jahres. 71 Prozent der Bundesbürger/innen sprechen sich nach einer Emnid-Umfrage dafür aus, dass der ehemals größte Arbeitgeber des Landes in öffentlichem Eigentum bleibt.

Dessen ungeachtet stimmen die auf Bundesebene regierenden Parteien in das von Hartmut Mehdorn dirigierte Crescendo des DB-Vorstands ein, den ehemals größten Arbeitgeber der Bundesrepublik von »den Fesseln des öffentlichen Dienst- und Haushaltsrechts« zu befreien und dorthin zu führen, wo die Marktmechanismen am wirkungs- und oftmals verhängnisvollsten greifen: auf das Börsenparkett. Obwohl der Verkehrssektor lange Zeit als eine der letzten Bastionen staatswirtschaftlicher Interventionen begriffen wurde und sich der Begriff »Verkehrsplanung« als unverbrüchliches Leitprinzip verkehrspolitischer Handlungsalternativen etablieren konnte, verfiel die neoliberale Staatskritik auch dort.

Stichhaltige Argumente gegen die Weichenstellungen in Richtung Kapitalmarkt wurden frühzeitig ausgeblendet: Wie nämlich soll der Konzern seiner gleich mehrfach im Grundgesetz verankerten Pflicht zur Daseinsvorsorge nachkommen, wenn er künftig allein den marktüblichen Gewinn- und Effizienzkriterien Rechnung tragen muss? Welche finanziellen Zuwendungen soll die DB AG in Zukunft erhalten, um den (bei betriebswirtschaftlicher Betrachtung) defizitären Verkehr in ländlichen Regionen zu betreiben? Was ge-

schieht, wenn ein ausländischer Fonds an der Börse ein stattliches Aktienpaket erwirbt, um der Unternehmensführung eine konsequente Shareholder-Value-Orientierung aufzuzwingen?

Schon jetzt sind die Verkehrsmarktanteile der Bahn höchst unbefriedigend. Obwohl das DB-Management die Berechnungsgrundlage durch die Einbeziehung von Freifahrer(inne)n wie unternehmenseigenen Beschäftigten, Menschen mit Behinderung, Angehörigen der Bundeswehr und Bundestagsabgeordneten zu ihren Gunsten (und im Widerspruch zu den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes) erweiterte, liegt der Anteil der Bahn im intermodalen Wettbewerb, d.h. im Wettbewerb mit den anderen Verkehrsträgern, nahezu unverändert bei nur 6,9 Prozent. Im Güterverkehr verlor die Bahn trotz der zum 1. Januar 2005 eingeführten »LKW-Maut« sogar Marktanteile. Selbst die Deutsche Post AG als langjähriger Großkunde der DB wickelt mittlerweile nahezu den gesamten Transport von Paketen und Briefen über den Straßen- und Luftverkehr ab: Die aus dem bahnhofsnahe Umfeld in die Nähe von Autobahnanschlussstellen verlagerten Postzentren dokumentieren diese Entwicklung ebenso wie das im Bau befindliche Logistikzentrum für den internationalen Luftfrachttransport, das Anfang 2008 auf dem Gelände des Flughafens Leipzig/Halle eröffnet werden soll.

***Zu den Triebfedern des Abwärtstrends gehören ausgedünnte Fahrplankarte und undurchsichtige Tarife.***

Die ausbleibende Renaissance des Verkehrsträgers Schiene hat viele verschiedene Ursachen. Geradezu absurd ist die fiskalische Ungleichbehandlung der Verkehrsträger, die dazu führt, dass die Bahn als umweltverträglichstes Verkehrsmittel Mineralöl-, Mehrwert- und Ökosteuer zahlt, der Flugverkehr von diesen Steuern jedoch größtenteils ausgenommen ist. Ausgedünnte Fahrplankarte und undurchsichtige

M.Y. SEA

# PRIVATE YACHT NO BOARDING

Tarife zählen ebenso zu den Triebfedern des Abwärtstrends wie aufgegebene oder nur stundenweise geöffnete Fahrkartenschalter. (Potentielle) Kund(inn)en, insbesondere solche, die mit den modernen Kommunikationstechniken weniger vertraut sind, werden verprellt, weil ihrem Beratungsbedarf mit wenig benutzerfreundlichen Fahrkartenautomaten, komplexen Internet-Buchungsplattformen und kostspieligen Telefon-Hotlines nicht Rechnung getragen wird. Auch der (einmalige) Vertrieb von Fahrscheinen über Lidl, McDonald's und Tchibo-Shops kann den Schalterverkauf nicht ersetzen. Die Ermittlung des maximalen Rabatts zwischen Sparpreisen mit und ohne Wochenendbindung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Sommer- und Herbstangebote stellt selbst für leidenschaftliche Bahnfahrer/innen ein Ärgernis dar. Während für den Umbzw. Neubau vermeintlich prestigeträchtiger Großbahnhöfe wie in Berlin und Stuttgart Milliardenbeträge verausgabt werden, müssen Fahrgäste an kleinen und mittleren Stationen mit von Schlaglöchern durchsiebten Bahnsteigen, überquellenden Mülleimern,

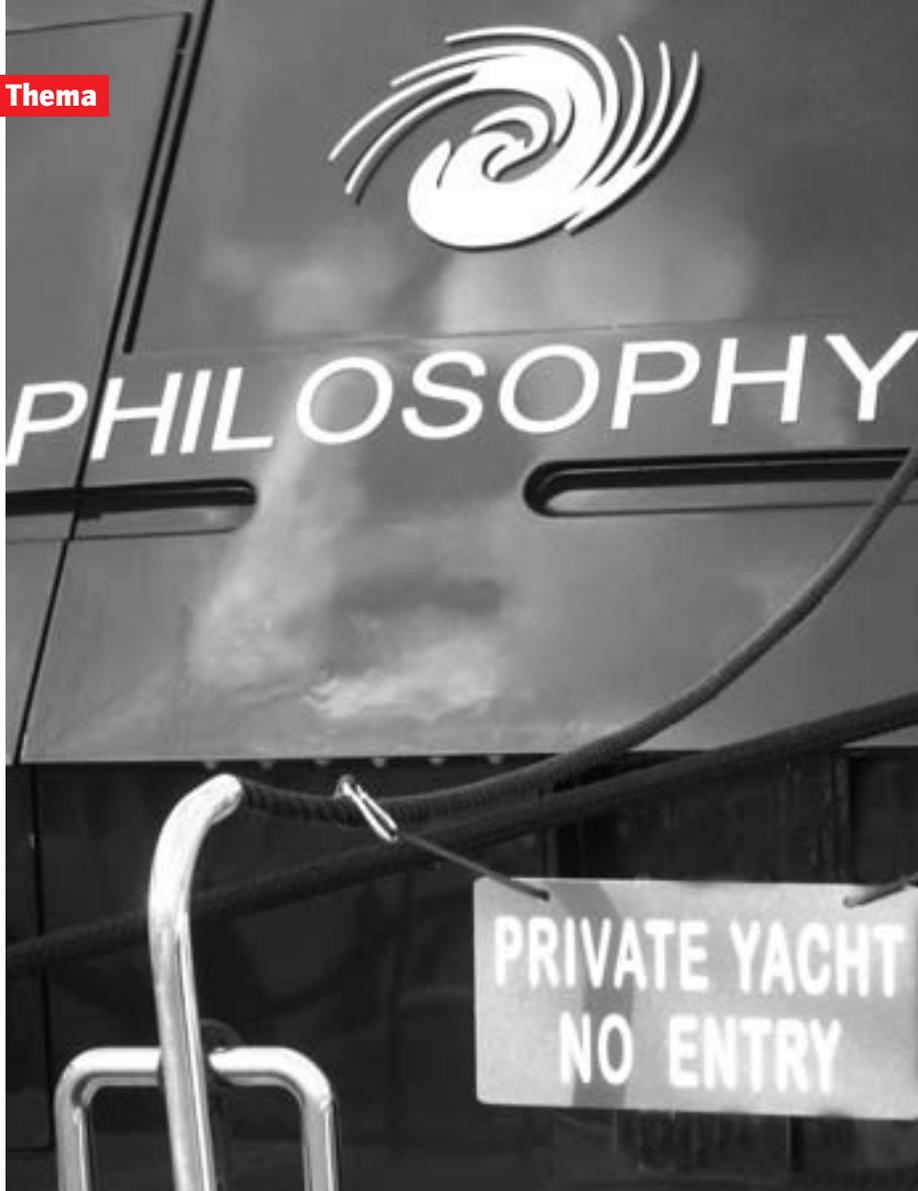
zugigen Unterständen und nach Urin stinkenden Durchgängen vorlieb nehmen.

Zudem hat der Schienenverkehr seit Meldorns Amtsantritt im Dezember 1999 unternehmensintern massiv an Bedeutung verloren. Stattdessen avancierte die DB AG zu einem der größten Luftfrachttransporteure der Welt, mit dem Zukauf der Stinnes AG stieg das Unternehmen gar zum umsatzstärksten Straßenspediteur Europas auf. Die zuletzt mehrfach in überregionalen Tages- und Wochenzeitungen geschaltete Anzeige »Früher überquerten wir den Main. Heute auch den Ozean« unterstreicht die Botschaft eines internen Strategiepapiers, wonach das »Unternehmen Zukunft« (Eigenwerbung) die Weltmarktführerschaft im Seeverkehr anstrebt. Der Wandel vom reinen Schienentransporteur zum international operierenden Mobilitäts- und Logistikkonzern mit mehr als 1.500 Standorten in 152 Staaten ist in vollem Gange. Sichtbar wird dies auch auf den Fahrscheinen – durch den unlängst dem DB-Label angefügten Anglizismus »Mobility Networks Logistics«. Zu Recht reklamieren Kritiker/

innen, dass sich diese (aus Steuergeldern finanzierte) Expansionsstrategie nicht mit dem Ziel verträgt, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Das Argument wiegt umso schwerer, als die DB AG auch wegen ihrer milliarden-schweren Zukäufe »Nettoverluste« in Höhe von 38,6 Mrd. Euro anhäufte – mehr als ihre Rechtsvorgänger Bundes- und Reichsbahn in der Zeit ihres Bestehens zusammen.

**»Früher überquerten wir den Main. Heute auch den Ozean.«**

Der drohenden (materiellen) Privatisierung der DB kann Lehrbuchcharakter zugesprochen werden, weil die sich in vielen Gesellschaftsbereichen vollziehende Neujustierung der Ökonomie zulasten der Politik hier besonders deutlich wird. Es bleibt zu hoffen, dass der neoliberale Dreiklang »Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung« beim letzten großen deutschen Staatskonzern verhallt – und stattdessen dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit entsprochen wird: mit einer Bahn in öffentlichem Eigentum.



Andrej Holm

## Wohnungsprivatisierungen weiter im Trend

Seit den Debatten um den Totalverkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft im vergangenen Jahr sind Wohnungsprivatisierungen wieder verstärkt in der öffentlichen Diskussion. Der Verkauf von 48.000 kommunalen Wohnungen an den internationalen Finanzinvestor Fortress polarisierte die politische Debatte. Die Prominenz der Linkspartei kritisierte den Verkauf – der erst durch die Stimmen der Linkspartei in der Dresdner Stadtversammlung möglich wurde

– als linken Tabubruch und löste so heftige Debatten aus. Der neoliberale Mainstream entledigte sich aller Sachlichkeit und konnte seine Freude kaum verhehlen. In der ZEIT wurde der »Dresdner Coup« bejubelt: »ein Milliardengeschäft macht Dresdens Stadträte zur Avantgarde der deutschen Kommunalpolitik.«

Diese Übertreibung relativiert sich durch Schätzungen der Deutschen Bank, denn

allein seit 1998 wurden hunderttausende Wohnungen aus vormals öffentlichen Beständen verkauft. Und die Karawane zieht weiter: einer aktuellen Kommunalbefragung (von Ernst&Young) zufolge plant jede dritte Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohner/innen in den kommenden Jahren Privatisierungen durchzuführen. Die meisten Verkäufe erfolgen an institutionelle Anleger.

Als »neue Anbieterstrukturen« geistern sie durch die Fachpublikationen, als »Heuschrecken« haben sie über Franz Müntefering den Weg in die öffentliche Diskussion gefunden und als Besitzer/innen von inzwischen über 700.000 Wohnungen bestimmen sie die Wohnsituation von über einer Millionen Mieter/innen in Deutschland. Finanzinvestoren und Anlagefonds wie Cerberus, Deutsche Annington oder Fortress sind in den vergangenen Jahren massiv auf die hiesigen Wohnungsmärkte gedrängt und waren an der Mehrzahl der Wohnungsprivatisierungen in diesem Zeitraum beteiligt. Auch wenn als zentrale Legitimationsmuster für die Wohnungsverkäufe immer wieder die »leeren Haushaltskassen« herhalten müssen, Wohnungsprivatisierungen sind vor allem aus ihren globalen ökonomischen Zusammenhängen heraus zu erklären.

### En-Bloc-Verkäufe an Finanzinvestoren

Einmalig für Wohnungsprivatisierungen in Europa erfolgt der Verkauf vormals öffentlicher Wohnungen in Deutschland nicht direkt an die BewohnerInnen, wie es in Großbritannien aber auch in Osteuropa zu beobachten war, sondern als En-Bloc-Verkauf an Finanzinvestoren. Frühere Privatisierungswellen im Wohnungsbereich waren von einer schlichten Überführung öffentlicher Wohnungsunternehmen in privates Wohneigentum gekennzeichnet. Sowohl das von der Regierung Thatcher 1980 in Großbritannien eingeführte »Right-to-Buy« als auch die Mikroprivatisierungen der 1990er Jahre in den ehemals sozialistischen Gesell-

schaften Osteuropas richteten sich direkt an die Bewohner/innen und zielten auf eine Erhöhung der Wohneigentumsquote. Das Ende des öffentlichen Wohnungsbaus verstand sich in diesen Ländern zugleich als ein Abschied vom Mietwohnen und entzog die Wohnungsbestände so der Wohnungsbewirtschaftung großer Unternehmen.

Im Gegensatz dazu erfolgten die Wohnungsverkäufe deutscher Kommunen in den vergangenen fünf Jahren überwiegend an Finanzinvestoren, die in ihren Investitionsstrategien auf die Bewirtschaftung möglichst großer Bestände setzen. Die Privatisierung hier bedeutet nicht den Wechsel von einer öffentlichen Bereitstellung zu einer individuellen Versorgung, sondern die Auslieferung einer so basalen Lebensgrundlage wie des Wohnens an die Verwertungsinteressen internationaler Finanzinvestoren. Die Wohnungsprivatisierung in Deutschland ist damit nicht nur als eine Auflösung des Öffentlichen und die neoliberale Durchsetzung von Eigenverantwortung zu verstehen, sondern als Teil einer finanzdominierten Akkumulationsweise. Die regelmäßigen und stabilen Einnahmen in Mietwohnungsbeständen erscheinen dabei als eine notwendige Voraussetzung. Denn auf der Basis von bis zu 90 Prozent Krediten realisieren sich die Gewinne der Finanzinvestoren letztlich durch kleine Zusatzgeschäfte. Während die Mieteinnahmen die Kreditkosten des Fremdkapitals decken, stellen der Verkauf einer kleinen Wohnanlage oder die Reduzierung der Verwaltungskosten berechnet auf den Eigenkapitalanteil eine erhebliche Gewinnmarge dar.

## Die Ökonomie der Wohnungsprivatisierung

Wohnungsprivatisierung in Deutschland ist nicht nur Entstaatlichung, sondern der Ein- und Aufstieg eines neuen Investorentyps auf den Wohnungsmärkten. Diese meist internationalen Finanzinvestoren sind weltweit auf der Suche nach neuen Anlagesphären und somit ein Kennzeichen des finanzdomi-

nierten Akkumulationsregimes, in welchem Finanzmärkte und die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung eine immer stärkere Rolle einnehmen. Den institutionellen Anlegern kommt hierbei eine starke Marktmacht zu. Ein Grundprinzip ist die permanente Inwertsetzung von nicht-warenförmig organisierten Bereichen der Gesellschaft. Von Patenten für Naturprodukte über geistiges Eigentum bis hin zu öffentlichen Vermögenswerten – der Erschließung neuer Anlagesphären ist praktisch keine Grenze gesetzt. Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände ist Teil dieser globalen Enteignungsökonomie.

Anlagesuchendes Finanzkapital, günstige Zinsen und verkaufswillige Kommunen mit großen Beständen sind die zentralen Gründe für den aktuellen Privatisierungsboom. Das Thema Wohnungsprivatisierung zeigt exemplarisch, wie globale und lokale Märkte aufs engste verzahnt sind. So wie lokalpolitische Entscheidungen den Auftritt der internationalen Finanzinvestoren ermöglichen, wirken deren Verwertungsstrategien auf die lokalen Wohnungsmärkte zurück. Das Prinzip des neuen Eigentübertypus besteht in der Trennung von Eigentum und Wohnungsverwaltung. Im Gegensatz zu früheren Gewinnstrategien geht es nicht mehr um Substanzsicherung und effektive Bewirtschaftung, sondern um Portfoliohandel. Modernisierung und Aufwertung dienen weniger der Wertsteigerung für langfristig höhere Mieteinnahmen, sondern sind ein Zwischenschritt zum Weiterverkauf und zur Umwandlung in Eigentumswohnungen. Durch die günstigen Finanzierungskredite hoffen die Investoren bei Verkäufen auf so genannte Leverage-Effekte, also Gewinnen aus der Differenz von Rendite und Zinsaufwand.

## Widerstand gegen Privatisierung

Doch nicht alle Bestände der privatisierten Wohnungen eignen sich für einen schnellen Weiterverkauf. Tausende ehemals öffentliche Wohnungen werden auf Jahre in der

Verwaltung der neuen Investoren bleiben. Der neoliberalen Devise folgend, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, fokussieren sich die neuen Eigentümer auf den Wohnungshandel. Die Bewirtschaftung und Verwaltung der übrigen Wohnungen verbleibt in der Regel in den Händen der aufgekauften Gesellschaften und unterliegt strengen Rationalisierungen. Insbesondere die Ausgaben für Instandsetzung und Personal werden dort drastisch gekürzt. In diesen unverkäuflichen Restbeständen bilden sich regelrechte Sektoren des Discountwohnens heraus.

## *Politische Mobilisierung gegen Privatisierungen muss auch die Ökonomie der Privatisierung zum Anlass nehmen, über Vergesellschaftungsperspektiven zu diskutieren.*

Protesten gegen Privatisierungen ist es bisher nur selten gelungen, über die lokale Ebene hinaus zu gelangen und einen Bezug zu den globalen Verwertungszyklen herzustellen. Die vom Deutschen Mieterbund forcierte Heuschreckendiskussion im Zusammenhang mit den neuen Investoren auf dem deutschen Wohnungsmarkt hat eher zu einer Entökonomisierung und Depolitisierung der Diskussionen geführt. Denn statt die Gründe und Ursachen der Privatisierung zu thematisieren, wurden oberflächliche Schreckensbilder auf der Ebene zu erwartender Folgen gezeichnet. Eine politische Mobilisierung gegen Privatisierungen sollte jedoch nicht bei der Klage über steigende Preise und verringerte Versorgungsqualitäten stehen bleiben, sondern die Ökonomie der Privatisierung zum Anlass nehmen, laut und vernehmlich über Vergesellschaftungsperspektiven im Bereich der sozialen Infrastrukturen zu diskutieren. Diese Debatten müssen in einem breiten politischen Rahmen geführt werden – denn gesamtgesellschaftliche Entwürfe sind von lokalpolitischen Anti-Privatisierungsinitiativen nicht zu erwarten.



Reihe Standpunkte 12/2007  
 von Prof. Dr. Rainer Rilling  
**Die Eigentumsfrage  
 kehrt zurück.**  
 Eine Zwischenbilanz zur Politik  
 der Privatisierung

Eine neue Verdrossenheit entwickelt sich. Sie richtet sich auf die Privatisierung, also die Veräußerung öffentlichen Vermögens, öffentlicher Aufgaben und Organisationen und deren Umwandlung in privates Eigentum zum letztlich vorrangigen Zweck der einzelwirtschaftlichen Gewinnerzielung statt der Orientierung am Gemeinwohl oder dem Gebrauchswert der erbrachten Leistung bzw. des produzierten Gutes. Diese Politik der Privatisierung war lange Zeit deshalb unterstützt worden, weil sie mit einigen großen und zunächst realitätstüchtigen Versprechen des Neoliberalismus operierte wie »Wiederherstellung von Effizienz« (angesichts des maroden Zustands vieler öffentlicher Einrichtungen und ihrer Marktförderung), »Kosten- und Preissenkung« (durch Bürokratieabbau und Konkurrenz neuer Anbieter), »Behebung der Krise der öffentlichen Finanzen« (durch Veräußerungseinnahmen) oder »neue Wahlfreiheit des Konsumenten« (durch eine Vielfalt der Produkte und Dienste dank technologischer Innovation und Wettbewerb auf den sich spontan entwickelnden Märkten).

# Kritische Privatisierungsforschung

PRESOM (Privatisation and the European Social Model) ist ein von der EU finanziertes Forschungsprojekt von 14 Einrichtungen aus neun Ländern, das die Auswirkungen von Liberalisierung und Privatisierung auf das sich entwickelnde Europäische Sozialmodell untersucht. PRESOM publiziert einen zweimonatlichen Newsletter und hat bislang drei von zehn geplanten umfangreichen Berichten vorgelegt. Sie behandeln Hintergründe und Geschichte der Liberalisierung und Privatisierung in der EU, theoretische Ansätze ihrer Erklärung und geben zudem eine Übersicht über verschiedene Konzepte des Europäischen Sozialmodells.

Die konkreten Auswirkungen der Privatisierung in Europa werden hauptsächlich in den Bereichen Soziale Dienstleistungen (insbesondere Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge), Finanzwesen, Bildung und Infrastruktur untersucht. In jeweils international zusammengesetzten Arbeitsgruppen werden die Verläufe und Effekte der Privatisierungspolitik systematisch analysiert. Darüber hinaus gibt es noch einen regionalen Schwerpunkt zum Privatisierungsgeschehen in den Mittel- und Osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen werden auf Tagungen von allen beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diskutiert. Das Netzwerk Privatisierung/Öffentliche Güter (ppg) der Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt sich regelmäßig an diesen Zusammenkünften. Im Mittelpunkt der Arbeit steht neben der Darstellung von Privatisie-

rungsmodellen vor allem die Analyse der sozialen Folgen von Privatisierungsmaßnahmen. Denn jede Privatisierung – so die bisherigen Erkenntnisse – ist ein Angriff auf die Konturen eines Europäischen Sozialmodells. Die PRESOM-Forschungsarbeiten sind die bisher umfassendste kritische Analyse der Privatisierungspolitik in Europa. Zum Abschluss des Forschungsprojektes 2009 wird eine zusammenfassende Veröffentlichung vorbereitet. Der Arbeitstitel lautet »Privatisierung gegen das Europäische Sozialmodell. Eine Kritik der Europäischen Politik und Vorschläge für Alternativen«.

Schon jetzt sind über 100 Zwischenberichte, Präsentationen und Thesenpapiere aus Workshops und Tagungen auf der Website zugänglich. Im Rahmen des Projekts wird eine Datenbank zu wissenschaftlichen und politischen Einrichtungen in Europa aufgebaut, die sich mit Privatisierungsfragen befassen. Sie umfasste Mitte 2007 ca. 220 Einträge. Für alle, die sich eingehender mit dem Thema Privatisierung in Europa beschäftigen wollen ist PRESOM ([www.presom.eu](http://www.presom.eu)) die richtige Adresse. (Andrej Holm)

*Dr. Andrej Holm arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin und beschäftigt sich mit Fragen der Stadterneuerung, Gentrification und Wohnungspolitik. Er ist u. a. aktiv im Berliner Bündnis gegen Privatisierung und im internationalen Netzwerk Privatisierung/Öffentliche Güter (ppg) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*





»Die kapitalistische Produktionsweise hat das Eigentümliche, daß für sie die menschliche Konsumtion, die in jeder früheren Wirtschaftsform Zweck war, nur ein Mittel ist, das dem eigentlichen Zweck dient: der Anhäufung von kapitalistischen Profit. **Das Selbstwachstum des Kapitals erscheint als Anfang und Ende, als Selbstzweck und Sinn der ganzen Produktion.** Das Hirnverbrannte dieser Verhältnisse kommt aber in dem Maße erst zum Vorschein, wie sich die kapitalistische Produktion zur Weltproduktion auswächst. Hier, auf dem Maßstabe der Weltwirtschaft, erreicht das Absurde der kapitalistischen Wirtschaft seinen richtigen Ausdruck in dem Bilde einer ganzen Menschheit, die unter furchtbaren Leiden im Joche einer von ihr selbst unbewusst geschaffenen Gesellschaftsmacht, des Kapitals, stöhnt. **Der Grundzweck jeder gesellschaftlichen Produktionsform: die Erhaltung der Gesellschaft durch die Arbeit, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, erscheint erst hier völlig auf den Kopf gestellt,** indem die Produktion nicht um der Menschen, sondern um des Profits willen auf der ganzen Erdkugel zum Gesetz und die Unterkonsumtion, ständige Unsicherheit der Konsumtion und zeitweise direkte Nichtkonsumtion der enormen Mehrheit der Menschen zur Regel werden.«

Rosa Luxemburg, **Einführung in die Nationalökonomie, 1909/1916** (GW Band 5)